Story ohne Held

Kampagnen Wenn die USA Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen verhängen, berufen sie sich auf den Fall eines in Russland angeblich ermordeten Gefangenen. Sie stützen sich dabei auf die Berichte des Investors Bill Browder. Ist der Westen einem Blender aufgesessen?

Aktivist Browder in London: Er bezeichnet sich selbst als »Putins Staatsfeind Nummer eins«

Im Nordosten von Moskau steht ein Grabstein aus schwarzem Stein. Darauf ist ein Foto im Goldrahmen zu sehen; es zeigt einen Mann mit einem freundlichen, etwas unsicheren Blick. Hier ruht Sergej Leonidowitsch Magnitski, geboren 1972 in Odessa, gestorben im November 2009 in Moskau. Er ging elendig zugrunde in der Zelle eines Moskauer Untersuchungsgefängnisses, unter Umständen, die bis heute – zehn Jahre danach – nicht restlos geklärt sind.

STORY OHNE HELD

0:00 / 28:34

ARTIKEL VORLESEN LASSEN

Es gibt zwei Versionen des Geschehens, das zu Magnitskis Tod führte. Die eine, bekannte Version hört sich an wie ein Thriller. Sie ist in Tausenden Artikeln erzählt worden, in TV-Interviews und in Anhörungen vor Parlamentariern. Der Mann auf dem Friedhof ist darin ein aufrechter Kämpfer gegen ein korruptes System, das ihn aus diesem Grund am Ende ermordet. Die zweite ist komplizierter, und es gibt in ihr keinen Helden.

Die erste Version der Geschichte ist zu einem Faktor der Weltpolitik geworden. Auf ihrer Grundlage wurde 2012 ein US-Gesetz verabschiedet, das Sanktionen gegen Russland ermöglicht und den Namen des Moskauer Toten trägt: der »Magnitsky Act«, unterschrieben vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama. Das Gesetz wurde von einer breiten überparteilichen Mehrheit verabschiedet, von Republikanern und Demokraten. Wenn es etwas gibt, worauf sich die zerstrittenen politischen Lager in den USA noch einigen können, dann dies: Mit Russland kann es keinen Falschen treffen. 2017 folgte der »Global Magnitsky Act«. Er ermächtigt die USA, Menschenrechtsverletzungen weltweit mit Sanktionen zu ahnden.

Erreicht hat das alles der Mann, der in Moskau lange Magnitskis Chef war: Bill Browder. »Magnitski wurde der ultimativen Prüfung ausgesetzt, er wurde zum ultimativen Helden«, sagt er. Browder ist in den USA geboren. Seine Firma Hermitage Capital war jahrelang einer der größten ausländischen Investoren in Russland. Damals war Browder ein Fürsprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Westen. Bis ihm 2005 die Einreise nach Russland verwehrt wurde.

Heute bezeichnet er sich selbst als »Putins Staatsfeind Nummer eins«. Von einem Büro im Londoner Viertel Finsbury aus koordiniert er eine Kampagne, die sich »Gerechtigkeit für Sergej Magnitski« nennt. Er will erreichen, dass weitere Länder wegen des Falls Magnitski Sanktionen verhängen. Bislang sind bereits vier weitere Staaten dem Vorbild der USA gefolgt. Derzeit ist Europa sein Schwerpunkt. Browder hat in Norwegen, Schweden und Frankreich bei Politikern vorgesprochen. Im Mai war er in Berlin unterwegs, sprach mit dem Chef des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags und hatte einen Termin im Kanzleramt.

S

Globale Folgen

Nach dem Tod von Sergej Magnitski erlassene Gesetze zur Sanktionierung – Einreiseverbote oder das Einfrieren von Vermögen – mutmaßlicher Menschenrechtsverletzer

2012 USA »Magnitsky Act«
Sanktionen gegen von Bill Browder genannte russische Beamte im Todesfall Magnitski

2017 USA »Global Magnitsky Act«
weltweite Verfolgung von Menschenrechtsverletzern und Sanktionsmöglichkeiten; darunter: burmesische Militärs nach Massakern an Rohingya; Innen- und Justizminister der Türkei; der Beteiligung am Khashoggi-Mord verdächtige Saudi-Araber

An den »Magnitsky Act« angelehnte Gesetze in anderen Ländern:

2016 Estland

2017 Kanada, Litauen

2018 Lettland

2019 EU-Resolution mit der Aufforderung an die 28 Mitgliedstaaten, ähnliche Gesetze wie den »Magnitsky Act« zu erlassen

Gesetze werden derzeit diskutiert in Australien, der Ukraine, den Niederlanden, Frankreich, Dänemark, Großbritannien und Schweden.

DER SPIEGEL

Browder kann spannend schildern, wie der angebliche Whistleblower Magnitski ermordet worden sein soll. Diese Story ist wie eine Eintrittskarte in die Politik, deshalb empfangen ihn Abgeordnete und Diplomaten. Bei vielen Menschenrechtlern und Politikern läuft er in offene Arme. Sie unterstützen die Magnitski-Gesetze, weil diese humanistisch geprägt und ein Präzedenzfall sind: Wo immer auf der Welt korrupte Regime Bürgerrechte verletzen, müssen die Täter in Zukunft mit Konsequenzen rechnen, zumindest in Form von Einreiseverboten und Kontosperrungen, wie sie der »Global Magnitsky Act« vorsieht. Das Gesetz macht die von Autokraten oft belächelten Menschenrechte ein wenig wehrhaft.

Doch es gibt eben auch eine zweite Version der Geschichte von Sergej Magnitski. Sie ist widersprüchlicher als Browders Erzählung und schwieriger zusammenzufassen, denn sie füllt Dutzende Ordner Justizunterlagen, nicht nur in Moskau, sondern auch in London und New York, Tausende Seiten. Nach ihrer Durchsicht stellt sich die Frage, ob es das perfide politische Mordkomplott überhaupt gegeben hat – oder ob der W

womöglich einem Blender aufsitzt. In den Papieren verlieren sich die Gewissheiten der Magnitski-Geschichte, allen voran die scheinbar klare Verteilung der Rollen von Gut und Böse. Als fragwürdig erweisen sich nicht nur die Darstellungen der russischen Behörden. Auch Bill Browder verwickelt sich in Widersprüche.

Der Fall wirft für den Westen unangenehme Fragen auf. Europäer und Amerikaner argumentieren Russland gegenüber oft aus einer Position moralischer Überlegenheit heraus. Bei den Magnitski-Sanktionen stellt sich jedoch die Frage, ob sie sich vor den Karren des Aktivisten Browder haben spannen lassen. Heiligt der gute Zweck wirklich Browders Methoden?

Nur eines ändert sich nicht: Wie man die Geschichte auch dreht und wendet, Magnitski bleibt darin unbestritten das Opfer, dem grauenhaftes Unrecht widerfahren ist.

Magnitskis Ende

Am Abend des 16. November 2009 stirbt Sergej Magnitski in einer Zelle des Moskauer Untersuchungsgefängnisses »Matrosenruhe«. Ein Gefängnisarzt hatte bei ihm viereinhalb Monate zuvor eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse festgestellt, doch kurz vor der OP wurde der Häftling in ein anderes Gefängnis verlegt, eines ohne die für den Eingriff notwendige Ausrüstung. Seine Zelle habe renoviert werden müssen, heißt es. Ob das stimmt? Selbst nach seinem Tod haben die Arbeiten dort nicht begonnen. Das hat eine Untersuchungskommission festgestellt. Sie hat unmittelbar nach dem Tod Nachforschungen aufgenommen, weil die Empörung über den Fall in Moskau so groß war. Der Kommission gehörten angesehene Menschenrechtler an, Kremlgegner. Sie werteten Notizen und Haftbeschwerden aus, von denen Magnitski Unzählige verfasst hat. Und sie befragten das Gefängnispersonal, das Magnitski hätte helfen müssen, ihn aber sterben ließ.

Der Kommissionsbericht gibt auf 20 Seiten detailliert Einblick in die sadistische Kälte des russischen Justizvollzugs. Magnitski wird in den Monaten vor seinem Tod unentwegt von Zelle zu Zelle verlegt. Seine Mutter bringt ihm Medikamente, die aber 18 Tage lang nicht bei ihm ankommen. Im September muss er nachts in seiner Jacke schlafen, weil im [illegible] Glasscheibe fehlt. Fäkalien steigen aus dem Klo empor.

Magnitskis Bauchschmerzen so stark, dass sein Zellennachbar verzweifelt an die Tür tritt und nach Hilfe ruft. Magnitski wird aber erst nach fünf Stunden zu einem Arzt gebracht.

An Magnitskis letztem Tag verschlechtert sich sein Zustand. Er wird in das Gefängnis zurückverlegt, in dem er ursprünglich schon Monate zuvor hätte operiert werden sollen. Dort gerät der Sterbende in Panik. Er wird ruhiggestellt, Wärter fesseln ihn mit Handschellen. Vermerkt ist in Akten auch die »Anwendung eines Gummiknüppels«. Magnitski bleibt allein in der Zelle, ohne Beobachtung, ohne Arzt. »Man hat den Kranken in kritischem Zustand praktisch eine Stunde und 18 Minuten ohne medizinische Hilfe sterben lassen«, schreibt die Untersuchungskommission. Ihr Bericht ist eine Chronologie erbarmungslos unterlassener Hilfeleistung. Für einen gezielten Mord finden sich darin keinerlei Belege.

Browders Version der Geschichte ist dramatischer: Magnitskis Festnahme und Tod werden darin zum gezielten Racheakt der russischen Justiz an einem Antikorruptionsaktivisten. Browder sagt, er habe »seinen Anwalt« Magnitski 2007 mit Nachforschungen beauftragt, in deren Verlauf dieser auf ein Verbrechen ungeahnten Ausmaßes gestoßen sei: den größten Steuerbetrug in der russischen Geschichte, begangen von einer korrupten Seilschaft innerhalb von Polizei und Behörden.

Es geht dabei um eine Summe von 230 Millionen Dollar und einen komplexen Masterplan. In dessen Zentrum stehen laut Browder zwei Schurken: die Moskauer Polizisten Artjom Kusnezow und Pawel Karpow. Die beiden hätten zunächst fingierte Steuerermittlungen gegen Browders Fonds Hermitage eingeleitet und dann drei ursprünglich von Browders Leuten gegründete Briefkastenfirmen gekapert. Mit beschlagnahmten Firmenurkunden seien die Firmen Mittelsmännern überschrieben worden. Diese hätten Fantasieverluste konstruiert und die Erstattung von 230 Millionen Dollar Steuern veranlasst, die Browders Firmen zuvor gezahlt hatten. Der Polizist Karpow sagt, mit dem Betrug und der Verhaftung Magnitskis nichts zu tun gehabt zu haben: »Browder ist ein Lügner.« Kusnezow war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Laut Browder soll Magnitski beiden auf die Schliche gekommen sein. Er soll sie bei den Behörden angezeigt haben. Dieselben B

für gesorgt, dass er ins Gefängnis kam und dort umgebracht wurde. So hat Browder es unzählige Male geschildert. Magnitski sei »ermordet« worden, so hat Browder es vor dem US-Kongress erzählt. Er sei »eine Stunde und 18 Minuten von acht Wärtern geschlagen worden. Anschließend fand man ihn tot auf dem Boden der Zelle«, trug Browder im kanadischen Parlament vor.

Darauf angesprochen, verweist er als Beleg auf den Bericht der Untersuchungskommission. Den führt er auf seiner Website auch als Beleg dafür an, dass dieselben Beamten, die Magnitski belastet habe, »ihn gezielt folterten und schließlich ermordeten«. In dem Dokument selbst fehlt aber jeder Hinweis auf eine vorsätzliche Tötung. Die beiden Polizisten Karpow und Kusnezow – angeblich Drahtzieher des Mordes – tauchen im russischen Original des Kommissionsberichts nicht auf. Kusnezow wird nur in einer englischen Übersetzung auf Browders Website erwähnt.

Ungereimtheiten und Widersprüche Das Grab von Sergej Magnitski auf dem Moskauer Preobraschenski-Friedhof. Er starb 2009 in einer Moskauer Gefängniszelle. Sein Chef Bill Browder sagt: Das war Mord.

Browders Kampagne hat sich inzwischen einen eigenen Referenzrahmen geschaffen, eigene vermeintliche Belege. So sind in den vergangenen Jahren Berichte des Europarats entstanden, auf die Browder gern verweist, die aber offenkundig weitgehend auf Darstellungen von ihm selbst basieren. So schreibt etwa eine Berichterstatterin des Europarats, die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Magnitski sei ein »unabhängiger Rechtsanwalt« gewesen. Ein Blick in online zugängliche Dokumente hätte genügt, um zu erfahren, dass Magnitski als Steuerexperte bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angestellt und jahrelang für Browder tätig gewesen war.

Browder sagt, es gehe darum, »Krieg um Gerechtigkeit« zu führen. Womöglich ist er damit so erfolgreich, weil seine Schilderung gut zu passen scheint in das vernichtende Bild, das Russland seit Jahren abgibt. Viele Medien glauben ihm. Browder hat unzählige TV-Interviews zu dem Thema gegeben. Bei manchen der Aufnahmen kann man im Hintergrund die Artikel internationaler Leitmedien sehen, die er an seine Bürowände gehängt hat: der »Washington Post«, der »Financial Times«, der russischen »Nowaja Gaseta«. Die Berichte sind feierlich gerahmt wie Urkunden und scheinen jedes Wort von Browder zu stützen. Auch der SPIEGEL hat über die Kampagne geschrieben und Interviews mit Browder geführt. Die »New York Times« gewann sogar den Pulitzerpreis für ihre Justizbe

Russland, auch zu Magnitski. Es gibt Filme und ein Theaterstück über den Fall.

Das wirft die Frage auf, wie gut die Faktenbasis ist, aufgrund derer Politik und Medien in diesem Fall urteilen. Dabei sind diverse Ungereimtheiten und Widersprüche in Browders Darstellung bereits anhand jener Dokumente erkennbar, die Browders Leute selbst im Internet veröffentlicht haben. Zu diesen Papieren zählen zwei abfotografierte PDF-Dateien. Es sind Verhörprotokolle, die belegen sollen, wie Sergej Magnitski den Steuerbetrug über 230 Millionen Dollar mutig zur Anzeige brachte, nachdem er ihn aufgedeckt hatte. Browder schreibt darüber in seinem Buch: »Sergej vereinbarte für den 5. Juni 2008 einen Termin beim Staatlichen Ermittlungskomitee ... Er setzte sich, legte seine Beweismittel vor und gab seine Zeugenaussage ab, in der er Kusnezow und Karpow explizit als Tatbeteiligte bezeichnete.«

Das Protokoll selbst spricht eine andere Sprache. Zwar erwähnt Magnitski die Namen der beiden Ermittler fast 30-mal und beschreibt ihre Rolle bei einer Durchsuchung. Er erhebt aber an keiner Stelle einen konkreten Vorwurf gegen sie persönlich. In einem zweiten Protokoll einer Aussage vom 7. Oktober werden Karpow und Kusnezow gar nicht genannt. Aus der Form des ersten Schriftstücks geht zudem hervor, dass Magnitski die Aussagen nicht ganz aus freien Stücken tätigte, sondern als Zeuge in einem Verfahren. Es lief bereits seit Februar, wie aus anderen Quellen hervorgeht. Das hat dem SPIEGEL auch ein Mann bestätigt, der bei der Aussage dabei war: Magnitskis damaliger Anwalt Dmitrij Charitonow sagt, sein Mandant sei zu der Aussage vorgeladen worden.

Browders Geschäfte

Browder hat ein gut dokumentiertes Talent, einen Sachverhalt so zu verkaufen, dass dieser seine Version einer Geschichte stützt. In Moskau war das Teil seines Geschäftsmodells als Investor. 1500 Prozent, so viel Rendite hat der Hermitage Fonds laut eigener Aussage in wenigen Jahren erwirtschaftet. Niedriger waren die Steuersätze: Russischen Ermittlern zufolge hat eine Firma aus Browders Fondskonstrukt zu Unrecht nur 5 Prozent Steuern gezahlt. De facto seien 15 Prozent fällig gewesen, ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Zypern hätte nicht angewendet werden dürfen. Browder bestreitet das.

Browders Geschäftsmodell war jedenfalls einträglich: Sein Hermitage-Fonds kaufte von Ende der Neunzigerjahre an billig Aktien russischer Staatskonzerne wie Gazprom oder der Staatsbank Sberbank. Dann legte er sich mit der Konzernführung an, prangerte die weitverzweigte Korruption an und forderte Reformen. Traten die ein, stieg der Wert von Browders Anteilen. Wenn nicht, wuchs zumindest die Bekanntheit seines Fonds.

Gazprom stand besonders unter Browders Beobachtung. 1998 war der gesamte Konzern gerade einmal 3,5 Milliarden Dollar wert. Sieben Jahre später waren es 160 Milliarden Dollar. Hermitage hielt viele Anteile über Briefkastenfirmen. Einige davon heuerten pro forma Behinderte an, die auf dem Papier als »Analysten für Wertpapiere« eingesetzt wurden, tatsächlich aber keinerlei Kenntnisse in dem Bereich hatten, wie mehrere Gerichte später feststellten.

So kamen die Firmen in den Genuss einer Steuervergünstigung, die gedacht war für Betriebe mit einer Behindertenquote von mindestens 50 Prozent der Belegschaft – und nicht als Steuersparmodell für westliche Investmentfonds. Russische Behörden haben deshalb über Jahre gegen Hermitage ermittelt – und dabei einen Mann entdeckt, der Browder bei der Konstruktion der Steuersparmodelle half: Sergej Magnitski. Browders Standpunkt ist, die Praxis sei damals üblich gewesen.

Wenn Browder vor westlichem Publikum über sein Schicksal spricht, dann hört er sich an, als hätten die Ermittlungen der Steuerpolizei Hermitage getroffen wie Blitze aus heiterem Himmel. Der Fahnder Kusnezow sei 2007 aufgetaucht, jäh und ohne Vorwarnung. So hat es Browder in seinem Buch und in Interviews geschildert. Das ist bedeutsam, weil es zu unterstreichen scheint, wie »eindeutig konstruiert« das Verfahren gewesen sei, initiiert einzig mit dem Ziel, notwendige Unterlagen für den von langer Hand geplanten Betrug über 230 Millionen Dollar zu bekommen.

Das Datum stimmt aber nicht. Der Name Kusnezow taucht bereits im Juni 2006 in Schreiben an Browders Firmen auf: Die Polizei fordert darin die Herausgabe von Bankdaten. Browders Team hat nachweislich Kenntnis von den Papieren, sie befinden sich in seinem Besitz.

Es gibt ein weiteres Verhörprotokoll, das er nicht so prominent ins Netz stellen ließ. Es stammt aus dem Oktober 2006, also lange bevor Magnitski angeblich erst den großen Steuerbetrug auffliegen ließ, der ihn laut Browder dann bei den Behörden in Misskredit brachte.

Der »Magnitsky Act« US-Präsident Barack Obama unterzeichnet 2012 das Gesetz, das unter anderem russische Beamte mit Sanktionen bestraft. Einige von ihnen sollen verantwortlich sein für Magnitskis Tod.

Magnitski wird laut dem Protokoll von Ermittlern zu einer der dubiosen Briefkastenfirmen befragt, die Behinderten Arbeitsverträge gegeben hatte. Er gibt an, Browders Leute hätten ihn gebeten, dort »eine Zeit lang als Geschäftsführer zu fungieren«. Aus anderen Dokumenten wird deutlich, dass Magnitski schon 2002 mit den Firmen befasst war.

Widersprüche

Einige der von Browder beschuldigten Personen haben begonnen, sich gegen die Vorwürfe zu wehren. Der Moskauer Polizist Pawel Karpow etwa, von dem Browder behauptet, er habe zusammen mit Kusnezow Magnitski als Vergeltung für seine Aussagen in Haft genommen un

tung gesorgt. Karpow hat 2012 ein Verfahren wegen übler Nachrede in London angestrengt.

Der zuständige Richter Justice Simon erklärte die britische Justiz zwar formal für nicht zuständig. In die schriftliche Begründung seiner Entscheidung schrieb er jedoch für Browder vernichtende Sätze: Der sei ein »Storyteller« – ein Geschichtenerzähler. Browder sei »nicht mal nahe dran gewesen, seine Beschuldigungen mit Fakten zu untermauern«. Simon schrieb auch, seine Einschätzung sei ausdrücklich als »Rehabilitation« Karpows zu sehen.

Nur: Die Worte des Richters fanden in der Öffentlichkeit damals keine Beachtung. Der »Guardian« und andere britische Medien meldeten die angeblich krachende Niederlage des Polizisten Karpow und verbreiteten die Lesart und teils Formulierungen aus der Pressemitteilung von Browders Kampagne.

In einem zweiten Verfahren in New York ging es um die Sperrung von Konten eines reichen russischen Politikerclans, der Kazyw-Familie. Die US-Behörden hatten die Sanktionen verhängt, weil Browder darauf gedrängt und behauptet hatte, Geld aus dem Millionenbetrug sei bei den Kazyws gelandet. Die Russen heuerten daraufhin New Yorker Staranwälte an, um sich gegen die Anschuldigungen zu wehren.

Browder, sonst redselig, wollte sich einer Befragung entziehen. Ein Video zeigt, wie er Reißaus nimmt, als ihm eine Vorladung überreicht werden soll. Im April 2015 muss er dann doch erscheinen. Unter Eid und konfrontiert mit zahlreichen Dokumenten, antwortet er – ganz anders als bei seinen öffentlichen Auftritten – kleinlaut. Sechs Stunden lang nimmt ihn Anwalt Mark Cymrot ins Kreuzverhör, ein bärbeißiger Jurist mit Schnauzer. War Magnitski nun Anwalt oder Steuerexperte?

»Er hat mich vor Gericht vertreten.«

Hatte er einen Juraabschluss?

»Nicht, dass ich wüsste.«

S Hat er eine juristische Fakultät besucht?

»Nein, er hat keine juristische Fakultät besucht.«

Wie oft haben Sie erzählt, dass er Ihr Anwalt war? 50-, 100-, 200-mal?

»Ich weiß es nicht.«

Haben Sie auch jemals erzählt, dass er keinen juristischen Abschluss hatte?

»Nein.«

Der SPIEGEL hat Browder in London aufgesucht, um die Klärung von Ungereimtheiten gebeten und ihn mit den Widersprüchen seiner Story konfrontiert. Daraus hat sich ein insgesamt vier Stunden dauerndes Gespräch entwickelt, ein zähes Ringen um Daten, Fakten und Details. Das Treffen im gläsernen Konferenzraum in den Büros in Finsbury liefert Einblicke in Browders Masche: Gemeinsam mit seinen russischen Partnern Iwan Tscherkassow und Wadim Kleiner legt er Dutzende weitere Unterlagen vor, die ihre vermeintlich eindeutige Aussagekraft vor allem durch Browders Einordnung bekommen. Einer anschließenden Prüfung halten nicht alle stand.

Da ist eine bislang unveröffentlichte E-Mail von Sergej Magnitski. Sie soll untermauern, dass er tatsächlich aus eigenem Antrieb als Whistleblower zu den Behörden ging. Aus ihr geht aber hervor, dass er auf Weisung eines ranghöheren Anwalts von Browder handelte. Dieser räumt bei dem Treffen in London ein: Magnitski sei als Vertreter für den Generaldirektor einer Briefkastenfirma geschickt worden, den der leitende Moskauer Ermittler eigentlich habe sprechen wollen.

Zur Untermauerung ihrer Story legen Browder und seine Leute auch einen Artikel eines US-Journalisten vor, der mit Magnitski kurz vor dessen Verhaftung gesprochen hatte. Die Polizisten Kusnezow und Karpow hätten Magnitski wegen der Veröffentlichung des Artikels festnehmen lassen, »immediately« – unverzüglich. In dem entsprechenden Tex
nichts, was die Verhaftung erklären würde: Weder wird

noch die Namen Karpow und Kusnezow. Der Journalist selbst sagt, er könne sich nicht vorstellen, dass sein Text die Verfolgung Magnitskis ausgelöst habe.

Seine Kampagne hat Browder zu einer globalen Berühmtheit gemacht. Sein Verlag bewirbt das Buch »Red Notice« als »New York Times«-Bestseller. In Interviews ruft er zur weitgehenden Isolierung Russlands auf. Er greift Politiker scharf an, die anderer Meinung sind. John Kerry, damals US-Außenminister, hat er »Putins Schoßhund« genannt und ihm »Appeasement« vorgeworfen. Browder hat schon mal zur Abkoppelung Russlands vom internationalen Bankensystem Swift aufgerufen, was verheerende Folgen auch für die russische Bevölkerung hätte. Geht es hier also wirklich noch um »Gerechtigkeit für Sergej Magnitski«, wie Browders Kampagne heißt? Oder führt er einen persönlichen Rachefeldzug?

Zu den Eigenheiten des Falls gehört, dass Beteiligte gelegentlich jäh ihre Einschätzung ändern, um dann das Gegenteil dessen zu vertreten, was sie zuvor gesagt haben. Soja Swetowa zum Beispiel. Die Moskauer Menschenrechtlerin war Mitautorin des Untersuchungsberichts. Sie steht in Opposition zum Kreml und schreibt Berichte für »MBK News«, ein Medienprojekt des Exil-Oligarchen Michail Chodorkowski. Swetowa hat sich intensiv mit dem Fall Magnitski beschäftigt und regelmäßig Artikel darüber veröffentlicht. Sie plant ein Buch.

Im Juli hat sie in einem Interview mit dem SPIEGEL erklärt, auch zehn Jahre nach Magnitskis Tod nicht viel von der These eines Mordkomplotts zu halten. Man könne annehmen, dass er mit den Ärzten, den Mitarbeitern in Streit geriet, weil er nicht medizinisch behandelt wurde. »Sie haben ihn geschlagen, um ihn ruhigzustellen«, so hat es Swetowa im Sommer formuliert. Auf eine gezielte Ermordung würden die Schläge nicht hindeuten. Dafür gebe es keinerlei Belege. »Welchen Sinn hätte es gehabt, ihn umzubringen?« Weil er nicht weiter von dem 230-Millionen-Dollar-Betrug erzählen sollte? Darüber sei damals doch bereits längst überall berichtet worden. »Magnitski hat kein Geheimnis enthüllt«, sagte Swetowa im Juli.

In ihrem Untersuchungsbericht wird erwähnt, in Haft sei Druck auf den Häftling ausgeübt worden. »Sie wollten Aussagen gegen Browder haben. Das war die Motivation. Er sollte Browder beschuldigen

zahlt zu haben. Magnitski war eine Geisel. Er selbst war für niemanden von Interesse. Sie wollten Browder.«

Swetowa hat auch gesagt, Magnitskis Schicksal sei grässlich, untypisch aber sei es nicht: Unterlassene Hilfeleistungen und schwere Misshandlungen kämen in russischen Gefängnissen häufig vor. Sie hat bereits 2010 einen Artikel über das Thema geschrieben. Laut Daten des Europarats kamen im Jahr 2014 etwa 4000 Häftlinge in Russland ums Leben, in Deutschland waren es 150. »Sie müssen wissen«, so hat es Swetowa im Juli formuliert, »das russische Gefängnissystem ist sehr brutal.«

Vor Veröffentlichung dieses Textes hat sie plötzlich ihre Meinung geändert. Nun vertritt Swetowa das Gegenteil: Sie habe inzwischen »das Gefühl, dass man ihn extra in das Gefängnis »Matrosenruhe« verlegt hat, um ihn zu töten«. Sie habe in der Zwischenzeit alte Unterlagen noch einmal gesichtet. Sie blicke nun ganz anders auf das Geschehen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im August sein Urteil im Fall Magnitski verkündet: Russland muss den Angehörigen des Toten 34 000 Euro zahlen, weil der Staat das Leben und die Gesundheit des Gefangenen hätte schützen müssen. Von einem Mord steht nichts im Urteil. Die Richter nehmen aber die Story des angeblich aus Rache inhaftierten Whistleblowers auseinander: Magnitskis Verhaftung sei nicht willkürlich gewesen, das Vorgehen der Behörden nicht arglistig. Die Ermittlungen gegen Magnitski hätten 2004 begonnen, lange also vor seinem ersten Gang zu den Behörden. So steht es auf Seite 39 der Urteilsbegründung. Auf Twitter bezeichnet Browder die Entscheidung trotzdem als »überwältigenden Sieg«.

Seine Kampagne hat eine Art argumentatives Perpetuum mobile geschaffen, ein Schwungrad, das sich selbst immer wieder anstößt. Neulich haben ihn Diplomaten aus Finnland empfangen, das Land hat die EU-Ratspräsidentschaft inne. Es ging um europäische Magnitski-Sanktionen. »Das europäische Magnitski-Gesetz wird Realität«, hat Browder Mitte Oktober getwittert. Die Chancen für einen Erfolg stehen nicht schlecht: Seine Geschichte ist einfach zu gut, um falsch zu sein.

Benjamin Bidder

ÜBER DEN AUTOR

Benjamin Bidder, 1981, war sieben Jahre lang Russland-Korrespondent des SPIEGEL. Einen seiner ersten Texte aus Moskau schrieb er im Herbst 2009 über den Fall Hermitage Capital und sprach in Moskau mit Sergej Magnitskis Verteidiger. Der Anwalt bezeichnete seinen Mandanten als »eine Geisel«, während Bill Browder in Interviews in London von einem Whistleblower sprach. Schon damals passte Browders Erzählung nicht recht zu den Fakten, die sich vor Ort in Moskau zu dem Fall recherchieren ließen.

Mail: BENJAMIN.BIDDER@SPIEGEL.DE

ALLE MULTIMEDIA-ELEMENTE DES ARTIKELS

ARTIKEL VORLESEN LASSEN Story ohne Held

FACEBOOK TWITTER

DER SPIEGEL 48/2019

FOTOS: CHRIS GLOAG / WIRTSCHAFTSWOCHE; MISHA JAPARIDZE / AP / PICTURE ALLIANCE / DPA; CHARLES DHARAPAK / AP / PICTURE ALLIANCE / DPA; CHRISTIAN O. BRUCH